



Baugebiet Burloer Straße West - und alles ist nun o.k.?

Nun haben wir endlich ein Baugebiet in Oeding!

Über 120 Baugrundstücke stehen im Baugebiet Burloer Straße West zur Verfügung. Diese Entwicklung ist auf den ersten Blick sehr positiv für die städtebauliche Entwicklung in Oeding. Leider nur auf den ersten Blick.

Der Rat hat, um bezahlbare Grundstücke in Oeding anbieten zu können, in der Sitzung am 22.05.2013 den Preis für gemeindliche Baugrundstücke auf 120 € pro Quadratmeter festgesetzt. Es bleibt leider festzuhalten, dass dieser bereits sehr hohe Preis, nicht Kostendeckend ist. Die Unterdeckung liegt im siebenstelligen Bereich. Diese Ausgaben muss nun der Steuerzahler berappen. Stellen Sie sich bitte vor, welche Baustellen wir in der Gemeinde damit beseitigen hätten können. Aber nein, wir müssen nun für die Fehler, die durch die Verwaltung, CDU-

Ratsmehrheit und Bürgermeister in der Vergangenheit gemacht wurden, bis weit in die Zukunft bezahlen. Die überschäumende Freude des Bürgermeisters können wir daher in keiner Weise nachvollziehen. Er hat nichts anderes getan, als Geld in die Hand zu nehmen das dem Steuerzahler, sprich ihnen, gehörte.

Leider ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht.

Am 15.01.2014 wurde nun zu einer Sondersitzung des Rates um 17:30 Uhr eingeladen. Hier sollte nun lt. Tagesordnung innerhalb von 30 Minuten der Flächennutzungs- und Bebauungsplan abgenickt wer-

den. Hier muss man anmerken, dass um 18:00 Uhr die Haupt- und Finanzausschusssitzung mit der Haushaltsberatung beginnen sollte.

Insgesamt wurden knapp 200 Anregungen zum Baugebiet gegeben. Wir haben uns an dieser Stelle darüber gewundert, dass diese Anregungen binnen 30 Minuten laut Tagesordnung abgehandelt werden soll-



Bald drehen sich die Baukräne! Aber zu welchem Preis?

ten. Das ist an sich schon ein Skandal, was je Anregung ein Zeitanteil von 9 Sekunden bedeutet hätte.

Daran kann man erkennen, welchen Stellenwert diese Anregungen hatten bzw. wie ernst die Bürgerinnen, Bürger und Behörden genommen werden! Wir haben die Anregungen sehr ernst genommen und als einzige Partei akribisch Punkt für Punkt hinterfragt, welche Hintergründe denn da vorhanden waren.

Es kam z.B. die Anregung, ob es sinnvoll ist, dass einige landwirtschaftlichen Flächen nun über das Wohngebiet erschlossen werden. Die Verwaltung gab nun an, [...] Zur Sicherstellung der Erschließung der angesprochenen land-

wirtschaftlichen Flächen wird der ohnehin erforderliche Wendehammer entsprechend dimensioniert. Das Parken wird nur auf entsprechend gekennzeichneten Flächen erlaubt sein. Die Befahrbarkeit mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen wird im Rahmen des Straßenausbaus berücksichtigt werden. Das Befahren mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen zur Be-

wirtschaftung der angesprochenen Flächen erfordert dann die notwendige gegenseitige Rücksichtnahme.[...] Wollen wir an dieser Stelle hoffen, dass kein Traktor mit dem Güllefaß durchs Wohngebiet muss.

Vom Landesbetrieb Straßen NRW wurde der Hinweis gegeben, dass die Ausweisung des Plangebietes in Kenntnis der Ortsumgebung erfolgt und die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen für die zusätzlichen Grundstücke von der Gemeinde getragen werden müssen. Unsere Verwaltung gab den Beschlussvorschlag "Kenntnisnahme". An dieser Stelle haben wir gefragt, was diese Maßnahmen denn Kosten

würde? Sinngemäß erhielten wir die Auskunft, dass es so günstig wie möglich gemacht werden würde. So viel dazu.

Der Kreis Borken gab den Hinweis, dass die geplante Änderung eine Vergrößerung des Regenrückhaltebeckens bedingen könnte. Hinweis an dieser Stelle durch die Gemeindeverwaltung: "Kenntnisnahme". Hier haben wir, auf Nachfragen, keine Antworten zu der Wahrscheinlichkeit und den Kosten erhalten. Eine Erweiterung des Regenrückhaltebeckens scheint es wohl zum Null-Tarif zu geben. Ach ja, die möglichen Kosten werden ja über die Abwassergebühren etc. finanziert. Nur wer zahlt diese? Ist es nicht der Gebührenzahler sprich sie als Bürgerin oder Bürger?

Die Antworten, die ungewissen Kosten sowie die vorgeschlagenen Beschlüsse dazu waren für uns mehr als unbefriedigend. Wir haben uns dann konsequenterweise dem Beschlussvorschlag der Verwaltung enthalten, so sehr wir das Baugebiet nun endlich haben wollen. Alle anderen in der Sitzung anwesenden Ratsmitglieder haben ohne mit der Wimper zu zucken dem Flächennutzungs- und Bebauungsplan zugestimmt. Ganz nach dem Motto: **"KOSTE ES WAS ES WOLLE"**.

Ach ja, die Kosten für die Entwicklung von Burloer-Straße-Ost kommen auch noch.

Wir sind der Meinung, dass das hohe Kostenvolumen auch mal kritisch hinterfragt werden darf und nicht nur gebubelt werden muss.

Musikschule – oder – Das was davon übrig geblieben ist



Die vom Bürgermeister und Vorsitzenden der derzeitigen Musikschule favorisierten Handlungsweisen sind aus unserer Sicht die falschen. Er befindet sich auf dem Weg in eine Sackgasse.

Die Sparmanie, steht Pate für die großen Aussagen und Sprüche wie:

„Die Musikschule befindet sich auf einem guten Weg“ oder „Wir haben bis heute schon zehntausend Euro eingespart“. Transparenz sieht anders aus!

Bei näherer Betrachtung der heutigen sogenannten Musikschule muss festgestellt werden, dass die Form und Struktur dieses Gebildes in keiner Weise den Anforderungen der Vorgaben des „Landesverbandes der Musikschulen NRW“ entspricht. SchülerInnen bestimmter Instrumentengattungen (Blas- und Schlaginstrumente) wurde der Unterricht gekündigt und gleichzeitig eine Mitgliedschaft sowie Unterricht in entsprechenden Musikvereinen angeboten. Hier müssen die Schüler den Vereinen beitreten, wenn sie ein entsprechendes Instrument erlernen wollen. Will man mit dieser Handlungsweise durch Einsparung bei den Lehrkräften (examinierte Lehrer/-innen) auf Kosten der Unterrichtsqualität etwa sparen? Werden die aus dieser Maß-

nahme eingesparten Gelder an die Musikvereine mit einem Unterrichtsauftrag weitergegeben? Eine kostenneutrale Ausbildung kann auch ein Musikverein nicht leisten. Wieviel die Vereine aus reiner Kostenersatzung erhalten, ist auch auf Nachfrage nicht ersichtlich.

Oder will man sich „Still und leise“ vor der Verantwortung drücken?

Die Gefahr, dass eine musikalische Ausbildung außerhalb der Vereine auf Dauer nicht mehr existieren wird, ist aus unserer Sicht absehbar.

Stellt man weiter die Frage: „Mit wieviel Transparenz gehen die Verantwortlichen der Musikschule mit diesem Thema vor allen Dingen mit und in der Öffentlichkeit um“?

Ausschusssitzungen mit diesem Thema finden scheinbar nur auf Druck der Grünen Fraktion statt. Wie soll man sonst verstehen, dass eine geplante Kultur-Jugend- und Sportausschusssitzung im März 2014 ausfallen sollte, mit der Bemerkung: „Es ist ja nichts zu entscheiden!“ Seit der Kündigung des Vertrages mit der Musikschule 2012 hat der zuständige Ausschuss nicht einmal darüber beraten können mit der Bemerkung des Bürgermeisters: „Das ist alles schon in den Ratssitzungen erörtert worden.“ Das der

Fachausschuss fachlich besser beraten kann als ein großes Gremium, ist in der politischen Landschaft auf allen Ebenen erwiesen.

Seit dem Beschluss in der Ratssitzung vom 05.Sept. 2012, den Vertrag mit der ursprünglichen Musikschule zu kündigen, ist mittelfristig eine Musikschule nach den Richtlinien des Landesverbandes der Musikschulen durch die Auslagerungen nicht mehr gegeben. Der Bildungsauftrag, der auch einhergeht mit der Forderung nach Kammermusik und einem Schulorchester innerhalb der Schule, sowie nicht nur einem qualifizierten Bildungsabschluss für die Lehrer sondern auch für die SchülerInnen kann nicht mehr erfüllt werden. Es kann nicht sein, dass Lehrpersonal durch Laienmusiker, wenn auch mit guter Vorbildung, ersetzt wird. Eine Musikschule wie in Borken, Bocholt, Ahaus und Vreden wird daher in Südlohn so nicht mehr existieren können.

Eine Mitgliedschaft beim Volksmusikerbund hat da keine Relevanz und ersetzt nicht die geforderten Voraussetzungen für eine Musikschule.

Auch kann von einer guten Transparenz nicht ausgegangen werden, wenn ein sehr umfangreicher Bericht in einer Ausschusssitzung nur mündlich vorgetragen wird und erst mit Versendung der Niederschrift die bereits ausgearbeitete Vorlage den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung gestellt wird. Dieser Bericht ist auch dem Rat bisher nicht bekannt gewesen.

Wenn die neue Form der musikalischen Ausbildung eine Verbesserung gegenüber der alten Form darstellt, ist eine Offenlegung

der Fakten doch nicht schädlich!

Angesichts des Vorgehens stellt sich hier natürlich die Frage, was sollte vor der Wahl nicht an die Öffentlichkeit?

Auch die Aussage, dass der Übergang der ehemaligen Leitung nicht geordnet bzw. nur mit Problemen vonstatten ging, kann nicht nachvollzogen werden. Schülerzahlen und Anlagevermögen sind in einer Dokumentation für 2012 auch an die Rats- und Ausschussmitglieder verteilt worden. Dass diese Fakten der neuen Musikschulleitung und dem Vorstand der Musikschule nicht vorgelegen haben, ist nicht vorstellbar.



Zum Schluss sei noch die Frage erlaubt:

Ist es nötig, in einem angeforderten Sachvortrag den ehemaligen Musikschulleiter in einer Form anzugreifen, die mit Sicherheit „kein guter Stil“ ist geschweige denn Fakten sind?

AB GEHT DIE POST. BRIEFWAHL GRÜN.

Sie können am 25. Mai nicht im Wahlbüro sein? Das ärgert Sie, weil Sie gern mitentscheiden wollen? Kein Problem, machen Sie Briefwahl!

Wir sind überzeugt: Südlohn & Oeding kann mehr! Alle Bürgerinnen und Bürger erleben Südlohn & Oeding aus einer anderen Perspektive: als Ort der Kindheit, der Familie, als Ort der Erholung, des Alltags, als Ort des Besonderen, als alte oder neue Heimat. **Was jedoch alle vereint, ist der Anspruch auf ein Stück Zukunft in unserer Gemeinde.** Unsere Gemeinde verändert sich. Längst sind es Viele, die sich wie wir für den Schutz unseres Klimas und

unserer Umwelt einsetzen, denen es nicht darum geht, bedingungslos immer höher, schneller und weiter voranzukommen sondern die sich einen verantwortungsvollen Umgang wünschen mit der Welt, in der



wir leben. **Wir GRÜNEN wollen den Weg in den nächsten 6 Jahren mit neuen Ideen und gemeinsam mit Ihnen gehen.** Wir stehen für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei zentralen Fragen innerhalb unserer Gemeinde. Die Möglichkeiten des Mitmachens

müssen fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Wir wollen die gewachsenen Qualitäten unserer Heimat bewahren und verbessern, weiter entwickeln und nachhaltig absichern. Wir stehen für ein mehr an Mitmachen, für Klarheit und Wahrheit, für eine Energieautarke Gemeinde Südlohn, für bäuerliche Familienbetriebe statt Massentierhaltung, für eine flächenschonende, nachhaltige Gemeindeentwicklung und für die bessere Unterstützung von Vereinen, Verbänden und dem Ehrenamt ein.

Alle Wahlberechtigten können ihr Wahlrecht auch kurzfristig durch Briefwahl ausüben. Nach Zustellung

der Wahlbenachrichtigung müssen Sie dafür nur die mitgelieferten Formulare ausfüllen und an die Gemeinde Südlohn, Winterswyker Str. 1, 46354 Südlohn zurücksenden. Sie können aber auch die Briefwahlunterlagen persönlich bei der Gemeinde beantragen.

Die ausgefüllten Briefwahlunterlagen anschließend einfach in den Briefkasten stecken oder bei Gemeinde abgeben.

**Nur mit einem starken Grünen Ergebnis können wir gemeinsam mit Ihnen unsere Ideen auf den Weg bringen.
Sie haben die Wahl!**

Wirtschaftswege - wie geht es weiter?

Wir Grünen haben in den vergangenen Jahren immer wieder den jahrelangen Investitionsstau zur Pflege und zur Reparatur der Wirtschaftswege angemahnt. Da letztendlich nichts passierte, haben wir in den Haushaltsberatungen 2013 die Bildung von Rückstellungen für die Sanierung von Wirtschaftswegen gefordert.

Diese Anregung fand bei den anderen politischen Parteien und bei der Verwaltung keine Gegenliebe und wurde mit dem Argument "nicht erforderlich" abgelehnt. Einige Zeit später fand die Feststellung des Haushaltes 2012 statt. Wir Grünen rieben uns im wahrsten Sinne des Wortes "die Augen". Hier wurde nun klammerheimlich durch die Verwaltung eine Rückstellung in Höhe von 100.000 Euro für das Jahr 2012 gebildet, die der Rat nachträglich nur noch abnicken konnte.

Nun kommt eine weitere Überraschung dazu: Die Verwaltung zaubert plötzlich zwei Wirtschaftswege aus dem Hut, die angeblich – dringend

vor allen anderen – in 2014 von Grund auf saniert werden sollen. So lautet die Vorlage der Verwaltung für die letzte Sitzung des Bauausschusses in 2013. Wir haben sofort kritisch hinterfragt, warum denn gerade diese Wege saniert werden sollen, wo es doch sehr viele andere Wirtschaftswege gibt, die weitaus dringender saniert werden müssten. Wir haben nach langer Diskussion in unserer Partei dem dann zugestimmt.



Endlich passiert etwas!

Durch eine Zeitungsbekanntmachung des Kreises Borken erfuhren wir, dass der Kreis einem Groß – und Industriemäster in Sachen Schweine am Wirtschaftsweg Feld, der auch zu den (angeblich) sanierungsbedürfti-

gen Wegen gehört, eine fast Verdoppelung der Schweinemastbestände genehmigen will.

Vorausgegangen war folgende Erklärung der Gemeinde an den Kreis: [...] Durch anlagenbezogenen Verkehr, vor allem den Schwerlastverkehr, hat dieser Weg bereits erheblichen Schaden genommen. Bei einer nochmaligen Erweiterung des Betriebs würde dieser Weg voraussichtlich noch weiter beschädigt. Aus Sicht der Gemeinde Südlohn ist daher mit dem Betreiber der Anlage eine Vereinbarung zur Erhaltung bzw. zum Ausbau des Weges zu treffen. Daher wird das gemeindliche Einvernehmen im Sinne des § 36 BauGB bis zum Abschluss eines solchen Vertrages zunächst nur in Aussicht gestellt [...]. Wir wundern uns nun nicht mehr, dass dieser Weg saniert werden soll.

In der Bauausschusssitzung im Februar haben wir dann den Vorschlag gemacht, alle Wirtschaftswege mit der höchsten Prioritätenliste zu sanieren. Zur notwendigen Finanzierung sollten neben den Haushaltsmitteln auch die Rückstellungen eingesetzt werden.

In der letzten Ratssitzung wurden nun die gesperrten 70.000 Euro für den Wirtschaftsweg Feld gegen

unsere Stimmen freigegeben. Wir haben dies abgelehnt, da wir uns dem Eindruck nicht entziehen konnten, dass dieser Wirtschaftsweg nur aufgrund der geplanten Erweiterung und einer kräftigen Finanzspritze des Investors saniert wird. **Wir sind der Meinung, dass dies nicht sein darf. Wirtschaftswege müssen nach der Stärke der Beschädigungen und nicht nach der Größe des Geldbeutels der Anwohner bzw. Nutzer saniert werden.** Den Beschluss die Reihenfolge der Sanierung der Wirtschaftswege erneut im

Bauausschuss zu beraten, haben wir uneingeschränkt mitgetragen.



In Zukunft soll nun ein Wirtschaftswegeverband ins Leben gerufen werden. Der Bürgermeister ist seit geraumer Zeit im Gespräch mit den Landwirten. Aus unserer Sicht sind Gespräche mit Anwohnern ein absolutes Muss. Bis dieser Verband gegründet wird, wird sicherlich noch einige Zeit vergehen. **Wir werden die Gründungsphase kritisch begleiten, da noch sehr viele Fragen offen sind. Bis dahin werden wir darauf pochen, dass sich die Gemeinde nicht aus der Verantwortung zieht und die Wirtschaftswege saniert.**

Gemeindeverschuldung steigt und steigt und steigt

Die Verschuldung der Gemeinde ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Die Folgen sind zunächst einmal für die kommende Generation negativ, denn wir leben auf deren Kosten. Weiterhin diskutieren wir in den Haushaltsberatungen über marginale Beträge und das nur um den Willen des Sparens dem Wähler zu suggerieren. Beispiel:

850 Euro Kosten für eine zusätzliche Woche Ferienbetreuung oder die Kosten für eine zusätzliche OGS Gruppe in Höhe von 6.500 Euro. Dies



obwohl eine gesicherte Kinderbetreuung ein wichtiger Standortfaktor für unsere Gemeinde sein kann. Viele Gemeinden machen mit Ihrer Familienfreundlichkeit Werbung und was machen wir?

Im Gegenzug werden von der CDU 17.000 Euro für einen völlig ökologisch unsinnigen Waldweg von einer 420 m Länge durch den Oedinger Busch freigegeben. D.h. es werden Schulden aufgehäuft nur um eigene Prestigeprojekte präsentieren zu können in der Hoffnung es bringt Wählerstimmen.

Dabei sind die Folgen gravierend wenn es um die zukünftige Entwicklung unserer Gemeinde geht.

Allein in den letzten 9 Jahren hat die Gemeinde Zinsen in Höhe von 3.060.000 Euro gezahlt. Das ergibt eine durchschnittliche Zinszahlung von jährlich mehr als 340.000 Euro. Gelder, die jedes Jahr im Haushalt für dringende

Aufgaben fehlen. Abgesehen davon, dass man sich dabei in die Hände von Kreditgebern begibt bedeutet dies, dass wir für dieses Geld bedeutende Infrastrukturnassnahmen hätten anpacken können. So sind keine Gelder für Wirtschaftswege vorhanden, deren Erhalt man hätte locker von dieser Summe bestreiten können. Leidtragende sind damit die Wirtschaftswege, deren Zustand sich rapide verschlechtert. Mit allen Nachteilen für die Nutzer, wie Landwirte, Jogger, Radfahrer und Wanderer!

Wir sind der Meinung, dass wir daher zukünftig konsequent jede Investition auf den Prüfstand stellen müssen und Prestigeprojekte gestrichen sind! Wir hatten bereits im April 2012 einen Antrag zur Einführung einer Investitionsrechnung ab einem Volumen von 10.000 Euro gestellt. Was in der freien Wirtschaft funktioniert, sollte wohl auch in Südlohn funktionieren. Dieser Antrag bekam bei 4 Ja-Stimmen, leider nicht die erforderliche Mehrheit.

Jede Partei nimmt nun für sich in Anspruch, sparsam mit den Steuergeldern umzugehen. Allen voran hat das die UWG im letzten Jahr bewiesen. Sie übt in der Öffentlichkeit deutlich Kritik an der Schuldenentwicklung. Dem Haushalt mit weiteren deutlichen Schuldensteigerungen stimmt sie dann dennoch zu. Das ist aus unserer Sicht nicht geradlinig.

Bei den deutlich begrenzten Mitteln werden dann die Haushalte der Verwaltung, in denen im Vorfeld bereits politische Weichen gestellt worden sind, so gestaltet, dass seit nunmehr 6 Jahren mehr als 3.200.000,00 Euro Einnahmen weniger allein im Bereich der Gewerbesteuer ausgewiesen werden als dann im jeweils laufenden Jahr tatsächlich eingenommen werden.

Das bedeutet, dass vor allem den Oppositionsparteien diese Gelder für eigene Ideen vorenthalten bleiben und damit der politischen Diskussion entzogen sind.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Gemeinde sehr sorgfältig mit den begrenzten Mitteln umgehen muss. Wir haben daher in der Vergangenheit immer nur Projekte beantragt und unterstützt, bei denen die positive Renditeentwicklung ganz oben anstand!

Kontakt:

Südlohn:

Rickers, An't Kruse Bömken 3. Tel.: 02862/97097

Oeding:

van de Sand, Burloer Str. 13,

Tel.: 02862/580065

Fraktionsvorsitzender: Josef Schleif, Hinterm Busch 18

Tel.: 02862/6519

Internet:

www.gruene-suedlohn.de

Facebook:

www.facebook.com/Gruene.Suedlohn

Email:

info@gruene-suedlohn.de



Mit dem „GRÜNEN OHR“ bieten die Grünen aus Südlohn und Oeding den EinwohnerInnen des Ortes die Möglichkeit, sich aktiv in die Politik der Ortsgrünen einzubringen.

„Wir wollen den Menschen die Politik näher bringen und zeigen, dass Sie Einfluss nehmen können.“ so Josef Schleif. „Die EinwohnerInnen wissen, was die Politik vor Ort besser machen kann und sollte. Darum bieten wir den SüdlohnerInnen und OedingerInnen mit dieser neuen Internetplattform eine weitere Möglichkeit sich aktiv an unserer Politik für die Gemeinde einzubringen.“

Wer eine Anregung zur Gemeinderatspolitik geben möchte, der steuert die Webseite www.Gruenes-Ohr.de an. Dort kann man die eigene Idee schriftlich formulieren oder den

Wunsch nach einem persönlichen Kontakt äußern, um in einem Gespräch das Anliegen vorzutragen.

„In jedem Fall“ so Maik van de Sand, stellv. Fraktionsvorsitzender „werden die Anregungen aufgegriffen und in die Gemeindepolitik mit eingearbeitet.“

Es können auch Anregungen mit dem Hinweis abgegeben werden, diese anonym zu behandeln. **Alle Anregungen werden in den Fraktionssitzungen der „Grünen Fraktion für Südlohn und Oeding“ behandelt und natürlich bekommen die AnregerInnen auch eine Rückmeldung, wie, wann und wo sie Ihr Anliegen in der Gemeindepolitik wiederfinden werden.**

CDU-Wahlgeschenk – ökologisch und ökonomisch unsinnig!

In der letzten Bauausschusssitzung und dann im Rat ging es mal wieder um den Wunsch der CDU, das



Hier müssten Bäume weichen!

Wahlgeschenk „Neuer Waldweg im Oedinger Busch“ durchzudrücken. Wir fragen uns, ob dieses Projekt, wie es jetzt zur Durchführung kommen soll, Sinn macht? Um diesen Weg zu erstellen fallen Kosten im fünfstelligen Bereich an. Hinzu

kommen jährliche Kosten für die Pflege und Verkehrssicherungspflicht des neuen Waldweges. Gelder die an anderer Stelle dringender notwendig gewesen wären. Der Oedinger Busch ist ein Wald und dies sollte er auch bleiben. Jeder neue befestigte Weg gefährdet den Charakter und den Erholungswert des

Waldes. Außerdem müssen bei der Durchführung der Arbeiten diverse Bäume im Oedinger Busch entfernt werden und oder das Wurzelwerk anderer Bäume wird durch das Auskoffern beschädigt. In den letzten Jahren sind auf unserem Gemeindege-

biet immer mehr Bäume an den Straßen entfernt worden (Eschloher Str.; Bahnhofstr.; Eschstr.; Birkenstr.; Schultenallee; Burloer Str.; ...) und bei



der vorgeschriebenen Neuanpflanzung wurde eine geringere Anzahl wieder angepflanzt. Wollen wir in unsere Landschaft und unseren Ortsteilen immer weniger Grün? Wie unser Sachkundiger Bürger bei der Bauaus-

schusssitzung am 26.2. bei der Ortsbesichtigung bewiesen hat, ist der jetzige Trampelpfad im Oedinger Busch sogar mit Gehhilfen zu bewältigen. Aus Sicht der Grünen reicht da ein Belassen des jetzigen Zustandes vollkommen aus!

Wir Grünen sind der Meinung, dass dies ein völlig unnötiges und teures Wahlgeschenk der CDU ist! An anderen Stellen hat diese CDU bei wichtigeren Positionen aber geringeren Beträgen häufig dafür gesorgt, dass Positionen im Haushalt der Gemeinde mit Sperrvermerken versehen wurden. Unsere Gemeinde hat kein Geld mehr für Prestigeobjekte der CDU.

Nachhaltige Landwirtschaft statt industrieller Agrarproduktion! Es droht das Ausbluten der Münsterländischen Parklandschaft

Wir GRÜNE wollen den Monokulturen und der tierquälerischen Massentierhaltung konsequent den



Kampf ansagen und stattdessen Wirtschaftsweisen und Initiativen fördern, die langfristig Bodenfruchtbar-

keit, Tiergesundheit und gesunde Ernährung für die Menschen sichern können.



Die Massentierhaltung ist verantwortlich für:

- die deutliche Zunahme des Schwerlastverkehrs besonders auf den Wirtschaftswegen. Diese sind flächende-

ckend nicht für diesen Schwerlastverkehr geschaffen

- eine flächendeckende Ausräuberung der Böden, denn die Böden sollen möglichst viel Futtermittel produzieren
- die Verödung der Landschaft sowie den Maismonokulturen
- die deutliche Verschlechterung der Avifauna. Kiebitze und Feldlerche sind nur

noch sehr selten zu sehen

- die rapide zunehmende Verschlechterung des Grundwassers. Flächendeckend ist eine deutliche Zunahme der Schadstoffeinträge in das Grundwasser zu registrieren
- immer mehr Einsatz von Antibiotika
- eine deutliche Mehrbelastung der Luft durch Keime, Feinstaub, Gerüche

Die Vereinbarung "Region in der Balance" beinhaltet nur Worthülsen und keinerlei Verpflichtung. Diese Art von Abkommen mit der Politik führen zu immer mehr Massentierhaltung mit entsprechenden Stallbauten und steigendem Flächenfraß. Dieser Entwicklung werden wir entschieden entgegentreten, denn „ein weiter so“ bedeutet für die nachkom-

menden Generationen



keine Perspektive und führt in eine Sackgasse. Wir wollen die Kooperation zwischen BäuerInnen,



lokalen und regionalen VerarbeiterInnen und VerbraucherInnen fördern, statt den brutalen Verdrän-

gungswettbewerb weiter zu verschärfen.

Daher setzen wir uns für einen deutlichen Wandel der Landwirtschaftspolitik ein, die auch zukünftig eine lebenswerte Umwelt ermöglicht!

Als VerbraucherInnen können Sie hier durch die Wahl ökologischer und/oder regionaler Produkte dieser Entwicklung deutlich gegensteuern!

Am 25.Mai 2014 sind Wahlen!

Was? Schon wieder wählen gehen?

Ja, denn dann werden Weichen für unsere Zukunft in unserer Kommune, im Kreis und in Europa gestellt.

Die Mitbestimmung ist ein hohes Gut! Wir sehen es gerade wieder in allen Teilen der Welt, wo für dieses Recht auf den Straßen demonstriert wird. Demokratische Wahlen sind nicht überall selbstverständlich.

Politik ist doch nur langweilig und „Die da oben

machen doch sowieso was sie wollen“!

Das muss nicht sein, denn: Politik ist sehr spannend auch oder gerade auf kommunaler Ebene und wenn sich alle beteiligen, können „Die da oben“ nicht machen was sie wollen.

Wie wichtig es ist das **Wahlrecht** in Anspruch zu nehmen kann jeder sehen, der sich über die Verschuldung in unserer Gemeinde und/oder über Kürzungen

bei den öffentlichen Aufgaben aufregt.

Wer mindestens 16 Jahre ist, kann über die Politik in Südlohn, im Kreis, über BürgermeisterIn und LandratIn bestimmen! Wer mindestens 18 Jahre ist, kann auch in Europa mitbestimmen.

In der Kommunalwahl ist das Verhältniswahlrecht gültig, so dass WählerInnen nur 1 (eine) Stimme abgeben können um die Partei ihres Vertrauens zu

wählen. Die direkte Wahl einer Kandidatin oder eines Kandidaten einer Partei (im jeweiligen Wahlkreis) wird auf die Verhältniswahl angerechnet. So dass im Verhältnis nur eine Stimme für Parteien zum tragen kommt.

Die Bürgermeister- wie auch die Landratswahl ist eine Personenwahl.

Für Europa gilt wiederum das Verhältniswahlrecht ohne direkte Wahlkreis-kandidaten.

Alle BürgerInnen sollten ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen und wählen gehen.

Wir bitten um ihr Vertrauen für Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen ein mehr an Mitmachen für die Zukunft in unserer Gemeinde.

Mehr Grün für Südlohn und Oeding, den Kreis Borken und Europa!

Geben Sie am 25.Mai 2014 unseren Kandidaten Ihre Stimme für den grünen Wandel in unserer Gemeinde, dem Kreis und Europa!

Unsere WahlkreiskandidatInnen zur Kommunalwahl 2014

Wahlkreis 1



Theresia Schleif

Wahlkreis 2



Hermann Damm

Wahlkreis 3



Franz Rickers

Wahlkreis 4



Dirk Heinbokel

Wahlkreis 5



Michaela Rickers

Wahlkreis 6



Susanne Rickers

Wahlkreis 7



Franz-Josef Rickers

Wahlkreis 8



Josef Schütte

Wahlkreis 9



Josef Schleif

Wahlkreis 10



Hamid Rafati Sajedi

Wahlkreis 11



Andrea Wolfert

Wahlkreis 12



Maik van de Sand

Wahlkreis 13



Bianca van de Sand

Unsere Listenkandidaten:

1. Maik van de Sand
2. Josef Schleif
3. Susanne Rickers
4. Hermann Damm
5. Franz-Josef Rickers
6. Josef Schütte